

Lycée Turenne vor der Renaissance

Stadt prüft große Schulrochade im Freiburger Osten

Es wäre der Clou des Jahrzehnts, für den „win-win-win“ noch fast eine Untertreibung darstellt: Die Stadtverwaltung prüft, ob das Deutsch-Französische-Gymnasium (DFG) in den sanierten Westflügel des Lycée Turenne umziehen und seinen bisherigen Standort für die Außenstelle des Walter-Eucken-Gymnasiums und die notwendige Erweiterung des Berthold-Gymnasiums (BG) frei machen kann. Der geplante Erweiterungsbau wäre damit überflüssig.

„Wir haben etwas Großes vor“, sagte Oberbürgermeister Martin Horn zum Auftakt des Pressegesprächs – und erläuterte dann die wesentlichen Bausteine der Rochade. „Wir füllen das Lycée Turenne wieder mit Leben, schaffen einen attraktiven Schulcampus – und sparen uns die Erweiterung am BG.“

Baubürgermeister Martin Haag konkretisierte die Idee und ging auf ihre Vorgeschichte ein. 2018 hatte der Gemeinderat den Auftrag erteilt, für das in den Jahren 1905 bis 1907 als Lehrerseminar errichtete Gebäude eine Machbarkeitsstudie zur Nutzung des unsanierten, seit 1992 ungenutzten Westflügels zu erstellen. Außerdem gab es den Auftrag, Möglichkeiten zur Erweiterung des Berthold-Gymnasiums zu prüfen. Dabei sei die Frage aufgekommen, ob man nicht beide Anforderungen verknüpfen könnte. Aufgrund der Entfernung zwischen den beiden Schulgebäuden – Luftlinie rund 750 Meter – wurde diese Idee aber zunächst verworfen. Mit dem Ringtausch kommt sie jetzt vielleicht doch zum Tragen.

Der Charme der Lösung liegt auf der Hand: Das Deutsch-Französische Gymnasium mit seinen rund 800 Schülerinnen und Schülern könnte an den historischen Ort zurückkehren, wo von 1954 bis 1992 die Kinder der in Freiburg stationierten französischen Militärangehörigen unterrichtet wurden. „Dieses Angebot passt gut zur Identität der Schule“, glaubt Schulbürgermeisterin Christine Buchheit. Zugleich betonte sie aber auch: „Die Planungen stehen noch ganz am Anfang. Im nächsten Schritt müssen wir mit den Schulleitungen, dem Amt für Schule und Bildung sowie dem Gebäudemanagement prüfen, ob das Vorhaben für die Schulen in der Praxis machbar ist. Ob wir zum Beispiel alle Raumbedarfe decken können. Danach werden wir das Konzept dem Gemeinderat zur Beratung und Entscheidung vorlegen.“

Baubürgermeister Martin Haag wies auf drei weitere wichtige Aspekte hin. Zum einen würde der Verzicht auf einen Erweiterungsbau „graue Energie“ sparen, eine Freifläche erhalten und damit dem Klimaschutz dienen. Außerdem geht er nach ersten vorsichtigen Schätzungen davon aus, dass die Sanierung des Lycée Turenne nicht nur günstiger sein könnte als ein Neubau, sondern auch schneller fertig. Seinen Optimismus bezüglich der Baukosten begründete Haag damit, dass man beim Lycée Turenne durch frühere Sanierungsabschnitte relativ gut wisse, „was uns erwartet“. Die bislang realisierten fünf Bauabschnitte haben von 1993 bis 2004 rund 14 Millionen Euro gekostet. Allein der Erhalt des noch unsanierten Westflügels kostet jährlich rund 24 000 Euro – auch diese Summe muss bei der Gesamtrechnung berücksichtigt werden.

Bestandteil des Gesamtpakets sollen auch ein Sporthallenneubau für das „neue“ DFG sowie die Sanierung der alten, seit Jahrzehnten ungenutzten Sporthalle sein, in der eine Cafeteria für den gesamten Schulcampus entstehen könnte. Davon würden auch die benachbarten Emil-Thoma-Schulen (Grund- und Realschule) sowie die Richard-Mittermeier-Schule profitieren. Letztere könnte außerdem drei zusätzliche Klassenräume im sanierten Lycée Turenne erhalten.

Die Stadtverwaltung hat mit den Leitungen aller drei Schulen gesprochen und ihnen die Machbarkeitsstudie vorgestellt. Alle drei können sich diesen Tausch grundsätzlich vorstellen und werden sich jetzt mit ihren Schulgemeinschaften dazu beraten. Zu klären wären unter anderem Raumanzahl und Raumgrößen insgesamt, aber auch Detailfragen, wenn die Schulen Räume gemeinsam nutzen.

Klares Votum für den zweiten Rundling

Gemeinderat beschließt Bau des „Familienrathauses“ im Stühlinger

Auf den ersten Blick scheint es ein Widerspruch zu sein, in angespannter Haushaltslage 87 Millionen Euro für einen Rathausneubau auszugeben. Doch schon der zweite Blick zeigt klar: Diese gewaltige Investition rechnet sich – und ist ein wichtiger Schritt, die Verwaltung zukunftsfähig aufzustellen.

Nur kurz hielt sich der Gemeinderat mit dem Vorstoß der Freien Wähler auf, die den Baubeschluss an einen Bürgerentscheid koppeln wollten. Als „blanken Populismus“ wies Grünen-Chefin Maria Viethen ihn zurück, reine „Augenwischerei“ nannte es Irene Vogel von Eine Stadt für alle, wenn suggeriert werde, das Geld würde für andere Projekte zur Verfügung stehen, wenn man denn auf den Rathausneubau verzichten würde. „Kein einziger Euro wird dadurch für Westbad oder Eishalle frei“, präzisierte CDU-Frontfrau Carolin Jenkner.

Dass sich die zweite des auf drei Baustufen ausgelegten Rathausensembles im Stühlinger rechnen wird, konnte die Verwaltung in der Gemeinderatsvorlage trotz komplexer Rahmenbedingungen plausibel vorrechnen. Abermals wird der Bau über den städtischen Eigenbetrieb abgewickelt, der eigens zum Bau des Rathauses und der Staudinger-Gesamtschule gegründet wurde. Dieser nimmt die Kredite auf und refinanziert sie durch Mietzahlungen aus dem städtischen Haushalt. Hierfür sind 3,1 Millionen Euro pro Jahr kalkuliert. Dem gegenüber stehen rund 2,7 Millionen Euro Haushaltsentlastung – hauptsächlich durch die Aufgabe von Altstandorten (Fahnenbergplatz und Karlskaserne) und Energieeinsparungen. Noch gar nicht eingerechnet sind dabei weitere Einsparungen, die sich nach den Erfahrungen der ersten Baustufe durch Synergien, Modernisierung und Digitalisierung ergeben.

Unterm Strich bleibt Stand jetzt eine Finanzierungslücke von 400 000 Euro pro Jahr, die aber allein durch die jährliche CO₂-Verringerung von rund 3100 Tonnen, was rund 1000 Haushalten entspricht, zu rechtfertigen ist.

Im Eindruck dieser Zahlen, die außerdem dadurch gestützt werden, dass die Kalkulation für die erste Baustufe sich in der Endabrechnung als zutreffend erwies, fiel den Gemeinderatsmitgliedern die Zustimmung offenbar leicht. Gelobt wurde beispielsweise, dass die Klimabilanz gegenüber dem ersten Rundling nochmals verbessert werden kann. Auch die Barrierefreiheit und die gute Erreichbarkeit der als Familienrathaus titulierten zweiten Baustufe wurden hervorgehoben. In den Neubau sollen vor allem die Ämter mit familiennahen Leistungen einziehen, für deren Arbeit auch ein spezielles Raumkonzept mit geschützten Bereichen für Beratungsgespräche eingeplant ist. Dazu kommen alle heute am Fahnenbergplatz untergebrachten Dienststellen, unter anderem also auch die Stadtkämmerei und der Finanzbürgermeister Stefan Breiter.

Strittig war, ob die Karlskaserne verkauft werden soll. In der Kalkulation ist ein Verkaufserlös von 10 Millionen Euro eingerechnet, ohne ihn würde sich die Miete um etwa 400 000 Euro pro Jahr erhöhen. Der Gemeinderat hat jetzt den Auftrag erteilt, alternative Vermarktungskonzepte zu prüfen, beispielsweise Miete oder Erbpacht. In der Schlussabstimmung ergab sich ein klares Votum: Alle dafür, außer den Freien Wählern und der AfD.

„Lassen Sie sich impfen!“

Alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen und Gruppierungen mit Ausnahme der AfD wenden sich mit einem Impfappell an die Freiburger Bevölkerung. Wörtlich heißt es in dem von allen Fraktionsvorsitzenden unterzeichneten Aufruf:
Impfen gegen das Coronavirus ist unser Weg aus der Pandemie.

Über Monate waren Verzicht und Einschränkungen von uns allen nötig, um Leben zu retten und Gesundheit zu schützen. Große Solidarität und die Aussicht auf wirksame Impfstoffe haben uns dabei geholfen.

Inzwischen gibt es mehrere wirksame Impfstoffe, und vieles ist wieder möglich: Kinder und Jugendliche können wieder in die Kita und Schule, Freunde treffen sich zum Essen, bei Kulturveranstaltungen und beim Sport. Reisen ist weitestgehend auch wieder möglich.

All dies ist machbar, weil sich eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger an die Regeln gehalten und sich mittlerweile sehr viele haben impfen lassen. Zugleich sehen wir mit Sorge, dass sich neue Virusvarianten ausbreiten. Das Coronavirus ist immer noch da.

Darum bitten wir alle Bürgerinnen und Bürger, die sich bislang noch nicht haben impfen lassen:

Lassen Sie sich impfen. Für den eigenen Schutz, für Kinder und Geschwister, für die Familie, für andere. Damit wir alle bald wieder unseren Alltag zurückbekommen.

Doppelhaushalt genehmigt

Das Regierungspräsidium Freiburg (RP) hat den Doppelhaushalt der Stadt Freiburg 2021/2022 und die Wirtschaftspläne aller städtischen Eigenbetriebe genehmigt – und zugleich klar mitgeteilt, dass die Grenzen der finanziellen Tragfähigkeit erreicht sind. Das teilte Finanzbürgermeister Stefan Breiter in der Gemeinderatssitzung am Dienstag mit.

Zwar habe das RP die besondere Situation der Coronapandemie gewürdigt, aber auch deutlich auf bestehende Risiken hingewiesen. Um eine Überforderung der Finanzkraft zu vermeiden, erwartet das RP deutliche Verbesserungen durch den jetzt verwaltungsintern angestoßenen Reformprozess – und einen schriftlichen Bericht darüber bis Ende Mai 2022.

Querformat

Spektakulärer Höhepunkt

Geschafft! Nach turbulenten anderthalb Jahren, in denen die Coronapandemie so manches durcheinander wirbelte, lief das Stadtjubiläum am 17. Juli auf dem Platz der Alten Synagoge zur Hochform auf: Ein Festakt im Theater, die Tanzperformance des Aktionstheaters Pan.Optikum zu 901 Jahren Freiburger Geschichte und schließlich ein grandioses Feuerwerk machten aus dem Sommerabend einen flammenden und spektakulären Höhepunkt – quasi ein „Grande Finale“ vor dem endgültigen Finale am Monatsende. Bis dahin waren, verteilt über die ganze Stadt, noch Theater, Konzerte, Ausstellungen und vieles mehr zu erleben. Den Ausklang übernimmt der Kabarettist Matthias Deutschmann am 30. und 31. Juli mit seinem knallharten Fazit: „900 Jahre sind genug“.

Aus den Fraktionen

Die Beiträge dieser Seite werden inhaltlich von den Parteien und Gruppierungen im Gemeinderat verantwortet. Der Textumfang orientiert sich an der Anzahl der Sitze im Gemeinderat.

Grüne

„Komm mit!": Erste Sommertour-Termine im August

Auch in diesem Jahr nutzen wir die sitzungsfreie Zeit für ein spannendes Sommerprogramm. Unter dem Titel „Komm mit!“ haben wir Termine zu verschiedenen Themen organisiert und laden alle interessierten Bürger*innen herzlich ein, mit Gemeinderät*innen hinter Kulissen zu schauen, Fragen zu stellen und Ideen für ein grüneres Freiburg zu entwickeln.

Im August starten wir mit folgenden Terminen:

- Mo, 2.8., 16 Uhr: Cool Down statt Warm Up: Klimaanpassung in Freiburg – Stadtrundgang mit Dr. Wulf Westermann, Geschäftsführer vom Fortbildungsnetzwerk ifpro fesa e.V.
- Do, 5.8., 12 Uhr: Muslimisches Leben in Freiburg – Moscheebesichtigung und Mittagessen mit dem Islamischen Zentrum Freiburg e.V.
- Di, 10.8. 16.30 Uhr: Teilen statt kaufen: Sharing-Konzepte in Freiburg – Stadtrundgang mit KauFRausch e.V.

Die Zahl an Teilnehmenden ist begrenzt. Wir bitten um vorherige Anmeldung unter Angabe der Kontaktinformationen (Vor- und Nachname, Anschrift, Telefonnummer bzw. E-Mail-Adresse) unter fraktion@gruene-freiburg.de oder Tel. (0761) 70 13 23. Nähere Infos zu den Veranstaltungen finden Sie auf unserer Webseite: fraktion.gruene-freiburg.de.

Auf dem Weg: Energiekonzept Dietenbach

Der neue Stadtteil Dietenbach soll nicht nur bezahlbaren Wohnraum bieten, sondern auch klimaneutral sein. Ein Baustein ist das Energiekonzept – die Verwaltung favorisiert eine zentrale Versorgung mit verschiedenen Komponenten von Wärmepumpen bis Wasserstoff.

„Das Energiekonzept soll genauso flexibel, zukunftsfähig und natürlich bezahlbar sein, wie der Rest des Stadtteils“, so Stadträtin Sophie Schwer. Die Grünen haben daher gemeinsam mit anderen Fraktionen erfolgreich einen Ergänzungsantrag eingebracht, der offene Fragen zum vorgelegten Konzept bündelt. Im Herbst wird das Thema Energiekonzept daher erneut auf der Tagesordnung stehen.

„Das Thema Klimaneutralität ist mit dem Energiekonzept nicht erledigt“, so Sophie Schwer, „Das Mobilitätskonzept, die Grünräume und auch das Thema graue Energie sind ebenfalls wichtige Pfeiler unserer zukünftigen Klimaneutralität.“

Das Familienrathaus kommt!

Das Rathaus im Stühlinger ist ein Erfolg: moderne Arbeitsplätze, guter Service für die Bürger*innen und nachhaltig gebaut. Nun hat der Gemeinderat den Weg frei gemacht für den zweiten Bauabschnitt – neben das bestehende ovale Gebäude kommt ein zweites. Dort sollen vor allem die Ämter einziehen, die Leistungen für Familien erbringen – Freiburg bekommt also ein Familienrathaus.

Den Kosten für den Bau stehen eingesparte Miete und Verkaufserlöse entgegen, sodass für das Rathaus nicht auf andere städtische Investitionen verzichtet werden muss.

„Abgesehen von der Verantwortung gegenüber den Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung und der Konkurrenzfähigkeit der Stadt beim Wettbewerb um qualifiziertes Personal geht es auch um eine bürger*innenfreundliche Gestaltung von Beratungsprozessen“, so Fraktionsvorsitzende Maria Viethen. „In dem geplanten Gebäude wird dies vorrangig Familien zugute kommen.“

Eine Stadt für alle

Was das Polizeirecht kann und was nicht

Auf Antrag der Jupi-Fraktion hat das Verwaltungsgericht das an Wochenenden ab 20 Uhr geltende Glasflaschenverbot auf dem Platz der Alten Synagoge aufgehoben. Es verbot jedem das Mitführen z. B. einer Bier- oder Wasserflasche. Manche in Verwaltung und Gemeinderat wollten deutlich härtere Maßnahmen, sogar von einer zeitweiligen Sperrung des Platzes war die Rede. Das Verwaltungsgericht hat allen ins Stammbuch geschrieben, dass die Zustände in Freiburg „bei weitem“ nicht denen entsprechen, die von den Gerichten „als erforderlich für ein Glasverbot angesehen werden“. Um die Grundrechte aller mit einer Allgemeinverfügung zu beschneiden, muss eine konkrete Gefahrensituation vorliegen. Allein der Wunsch, Risiken im Vorfeld zu minimieren, reiche nicht. Allgemein gesprochen: Das Polizeirecht ist nicht dafür da, um anzuordnen, welche Zustände die Stadtverwaltung für wünschenswert hält und welche nicht, sondern ausschließlich, um konkrete Gefahren abzuwenden. Die allgemeine Handlungsfreiheit nach Art. 2 Grundgesetz berechtigt deshalb auch in Zukunft jede*n, sich auf dem Platz niederzulassen und – wenn er/sie will – auch aus einer Glasflasche zu trinken.

Das zweite neue Rathaus...

im Stühlinger ist in Planung und wurde im letzten Gemeinderat mit großer Mehrheit beschlossen. Alles spricht für den Bau dieser weiteren Ellipse: Große Teile der Stadtverwaltung werden dann an einem Ort konzentriert sein, was die interne Kommunikation und Zusammenarbeit erleichtert. Für die Bürger*innen wird die Bündelung aller serviceleistenden Ämter an einem Ort ebenso Vorteile bieten wie deren gute Erreichbarkeit und Barrierefreiheit. Für die Beschäftigten entstehen zeitgemäße Arbeitsplätze und bessere Arbeitsbedingungen.

Die Stadt rechnet mit Einsparungen in Höhe von jährlich 2,7 Millionen Euro – vor allem durch den Wegfall von Mieten an Dritte und deutlich reduzierte Energiekosten. Diesen gegenüber steht eine auf 30 Jahre kalkulierte jährliche Kreditablöse in Höhe von 3,1 Millionen Euro, vorausgesetzt die Karlskaserne wird nach dem Auszug des AKI für geschätzte 10 Millionen verkauft. Ansonsten erhöht sich die Belastung auf jährlich 3,5 Millionen Euro. Da dieses historische Gebäude von zentraler Bedeutung für die Innenstadt ist und auch weiterhin für öffentliche Nutzungen erhalten werden muss, kommt ein Verkauf für unsere Fraktion nicht infrage.

Trotz der Kosten-Nutzen-Rechnung und aller positiven Auswirkungen forderten die Freien Wähler einen Bürger*innenentscheid, einzig begründet mit den Baukosten in Höhe von 87 Millionen Euro. Wir wären jede Wette eingegangen, dass die AfD – und nur sie – diesen Antrag befürwortet. Und genau so war es auch. Das sollte den FW-Rät*innen zu denken geben...

SPD/Kulturliste

Mietpreisbremse ernst nehmen

„Es ist dringend notwendig, Mieten auch kurzfristig zu senken und effektiv gegen Mietwucher vorzugehen“, fordert Julia Söhne, Fraktionsvorsitzende der Gemeinderatsfraktion SPD/Kulturliste. „Die Mieter:innen dürfen damit nicht alleine gelassen werden. Wir müssen auf kommunaler Ebene alle verfügbaren Mittel einsetzen, und gleichzeitig auf Landes- und Bundesebene darauf dringen, die kommunalen Eingriffsmöglichkeiten zu erweitern.“

Mehr Mieter:innenschutz

Daher wurde auf Antrag der SPD/Kulturliste am Dienstag im Gemeinderat eine umfangreiche Aufarbeitung der Umsetzung, Auswirkung und Anwendung der Mietpreisbremse beschlossen. Die Stadt Freiburg soll aufzeigen, ob es weitere wirksame Instrumente gibt, Mieter:innen im Kampf gegen überhöhte Mieten besser zu unterstützen. Sollten auch diese Bemühungen keine Wirkung zeigen, muss ein grundsätzlicher und bundesweiter Mietenstopp erwogen werden. So könnten über einen längeren Zeitraum alle Mieten eingefroren und die Mietenspirale hoffentlich endlich durchbrochen werden.

Über diese Themen und die vielen offenen Fragen werden sich Walter Krögner, wohnungspolitischer Sprecher, und Julia Söhne, Fraktionsvorsitzende der SPD/Kulturliste, mit dem größten Wohnungsanbieter in Deutschland, der Vonovia, und dem Deutschen Mieterbund am 3. August 2021 um 19:00 Uhr im Rahmen einer Online-Veranstaltung intensiv austauschen.

Stadtweit Tempo 30? Nicht mit uns!

Wir haben die Unterzeichnung des Positionspapiers der Städteinitiative Tempo 30 abgelehnt. Wir sind für die Beibehaltung der generellen Temporegelung 50 in geschlossenen Ortschaften und die Regulierung auf Tempo 30 überall dort, wo dies aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Umwelt- und Lärmschutzes gerechtfertigt ist. Da, wo es in Nebenstraßen und auf Plätzen um Aufenthaltsqualität geht, ist auch heute schon vielfach Tempo 30 eingerichtet. Wir haben nichts dagegen, wenn Nebenstraßen mit Fahrradverkehr wegen des Mischverkehrs Fahrradstraßen mit Tempo 30 werden. Die Argumente der Verkehrssicherheit wiegen natürlich dort schwer, wo kein getrennter Fußgänger- und Radverkehr stattfindet. Gerade aber auf Hauptverkehrs- und Durchgangsstraßen macht Tempo 30 keinen Sinn. Diese haben nämlich verkehrsplanerisch eine Bündelungsfunktion und sind regelmäßig so ausgelegt, dass der Verkehr gefahrlos mit Tempo 50 fließen kann. Und die Frage ist natürlich, ob gerade auf diesen Straßen die Aufenthaltsqualität ein Argument für eine geringere Geschwindigkeit ist. „Der Städteinitiative Tempo 30 geht es um die Umdrehung des Regel-Ausnahme-Verhältnisses, nämlich in der Regel überall Tempo 30 und als Ausnahme 50“, so Stadtrat Bernhard Rotzinger. Warum soll Tempo 30 aus Umweltgründen verhängt werden, wenn dereinst Elektroautos emissionsfrei und lärmarm durch die Stadt fahren? Tempo 30 auf allen Straßen wird zu einer Verlagerung der Verkehre in untergeordnete Straßen führen und damit geradezu einen kontraproduktiven Effekt haben.

Alles Gute kommt dieses Mal von unten!

Geschäftsführer Klaus Preiser und Projektleiter Simon Laub von badenova WÄRMEPLUS standen uns und unseren Gästen Rede und Antwort zu allen Fragen rund um das vielversprechende Geothermie-Projekt der Badenova im Raum Freiburg. Die Risiken der Seismik des besonders schonenden Verfahrens der hydrothermalen Wärmegegewinnung sind äußerst gering – die Chancen für Freiburg enorm. 20 000 bis 30 000 Haushalte könnten durch nur eine Anlage mit umweltfreundlicher Wärme beheizt werden. Dies entspräche einem CO₂-Sparpotenzial von ca. 75 000 Tonnen pro Jahr. Stadtrat Bernhard Schätzle: „Gerade in der Wärmeversorgung schlummert ein enormes Einsparpotenzial. Der Wärmebedarf privater Haushalte ist riesig. Noch wird nur ein sehr geringer Teil davon mit erneuerbarer Energie erzeugt. Und genau hier müssen wir ansetzen, um wirklich wirkungsvollen Klimaschutz zu betreiben.“

Jupi

Klage erfolgreich: Glasverbot aufgehoben

Mit Beschluss des Verwaltungsgerichts vom 21. Juli wurde das Glasverbot auf dem Platz der Alten Synagoge aufgehoben. Das Gericht gab damit einem Eilantrag von Mitgliedern unserer Fraktion recht.

Wir freuen uns, dass das Gericht unserer Argumentation gefolgt ist und das Glasverbot als nicht verhältnismäßig anerkannt hat. Begründet wird die Entscheidung insbesondere damit, dass von friedlichen Platzbenutzer*innen stehengelassene Flaschen nicht den Straftaten einzelner Personen, wie Flaschenwürfen gegen die Polizei, zugeordnet werden können.

Damit ist nun klargestellt, dass ein Verbot, das alle Platznutzer*innen betrifft, nicht verhältnismäßig ist, um gegen einzelne aggressiv auftretende Personen vorzugehen. Genau diesen Punkt hat unsere Fraktion am Glasverbot deutlich kritisiert.

Der von uns beauftragte Anwalt Heiko Melcher erklärt dazu: „Es ist gut, dass die JUPI-Fraktion gegen das Glasverbot vorgegangen ist. Einschränkungen der Handlungsfreiheit sind immer stark begründungsbedürftig, und es ist daher zu begrüßen, dass diese gerichtlich auf ihre Verhältnismäßigkeit überprüft werden.“

Mit diesem Urteil wird klar, dass Verbote nicht der richtige Umgang mit jungen Menschen sein können. Wir freuen uns, dass auch die Stadt im Grundsatz erkannt hat, dass es schlicht mehr Angebote und Plätze für junge Menschen in Freiburg braucht. Die Stadt arbeitet hierzu schon an vielversprechenden kurzfristigen Lösungen, unter anderem im Bereich des Eschholzparkes, was wir sehr unterstützen. Vorwärtskommen müssen wir bei der Suche nach Flächen für Raves und unkommerzielle Freiluftveranstaltungen. Diese sind auch ein wichtiger Teil der (Jugend-)Kultur und sollten daher ebenfalls ihren Platz in unserer Stadt bekommen.

Auch langfristig muss das Thema Aufenthaltsorte für Jugendliche und junge Erwachsene weiterverfolgt werden. Ein breites Bündnis an Fraktionen hat dazu zusammen mit uns einen Antrag vorgelegt, der die Verwaltung auffordert, im Dialog mit den jungen Menschen Lösungen zu finden. Uns ist es wichtig, dass in Zukunft pauschale Verbote weiterhin einer genauen Prüfung unterzogen werden. Unsere Klage ist daher als ein klares Bekenntnis zu einer freiheitsliebenden, liberalen Stadt Freiburg zu verstehen.

FDP/Bürger für Freiburg

Im Osten viel Neues

Das Lycée Turenne an der Schützenallee war schon Lehrerseminar, Internat und Lycée für die Kinder der französischen Streitkräfte und wird seit dem Abzug der Franzosen von den Richard-Mittermaier und Walter-Eucken-Schulen genutzt. Der Westflügel liegt aber weiterhin unsaniert im Dornröschenschlaf, wird aber beheizt und instand gehalten. Nun hat die Verwaltung, nach 25 Jahren Stillstand, neue Pläne zur Nutzung vorgelegt. Im Lycée soll das Deutsch-Französische Gymnasium unterkommen und damit Platz schaffen für das Berthold-Gymnasium, welches in das ehemalige DFG zusammen mit dem Walter-Eucken-Gymnasium einziehen soll. Letzteres war schon immer auf zwei Standorte verteilt, die Glümerstraße und Schützenallee. Ein großer Wurf und eine Riesenchance für die beteiligten Schulen.

Mittelweg beim Gehwegparken

Nach dem Beschluss des Gemeinderats aus dem Dezember 2020, das Parken auf Gehwegen undifferenziert zu ahnden, hat sich die Durchsetzung als chaotisch erwiesen. Ohnehin schmale Straßen wurden unpassierbar, für Hilfs- und Rettungskräfte bestand kein Durchkommen mehr.

Das hat auch das Amt für öffentliche Ordnung nun eingesehen und ändert den Kurs. Wo auf den Fußwegen noch 1,5 Meter Platz bleibt, soll das Parken nicht mehr geahndet werden. Gemeinsam mit SPD/Kult, CDU, Freien Wählern und Dr. Winkler haben wir der Verwaltung zudem das „Karlsruher Modell“ vorgeschlagen. Dort werden die Straßen individuell geprüft, und es können Zonen für legales Parken auf dem Gehweg ausgeschrieben werden. Auch die Beteiligung der Bürgerschaft ist dabei vorgesehen. Durch diesen Prozess kann ein besserer Ausgleich der Interessen geschaffen werden, ob von Anwohnenden, Rettungskräften, Müllfahrzeugen, Kinderwagen und Menschen zu Fuß, auf dem Rad, im Rollstuhl oder im Auto.

Freie Wähler

Zweitem Bauabschnitt des RiS fehlt solide Finanzierungsgrundlage

In seiner jüngsten Sitzung hat die überwiegende Mehrheit des Freiburger Gemeinderats dem 2. Bauabschnitt des Rathauses im Stühlinger zugestimmt, dessen Investitionssumme 87 Millionen Euro beträgt. Für die Fraktion der Freien Wähler ist der Zeitpunkt völlig unverständlich. „Wir haben vor drei Monaten einen Doppelhaushalt mit bitteren Einsparungen, wie zum Beispiel die Nichtweitergabe der Tariferhöhungen, das Außenbecken West, verabschiedet, weil kein Geld dafür in der Stadtkasse ist“, so der Fraktionsvorsitzende Dr. Johannes Gröger, „und nun wollen wir uns ein solches Gebäude leisten?“

Die Finanzierung in Höhe von 87 Millionen Euro wird von der Verwaltung schöngerechnet und hält einer Überprüfung nicht stand: Unterm Strich bleibt eine jährliche Unterdeckung von deutlich über einer Million stehen, wobei Rücklagen für die Instandhaltung noch nicht einmal eingerechnet sind. „Unsere Fraktion vermisst hier eine solide Finanzierungsgrundlage“, sagt der Fraktionsvorsitzende, „deshalb können wir dem Bauvorhaben, dem wir generell positiv gegenüberstehen, gegenwärtig nicht zustimmen, ohne dazu die Meinung der Bürgerschaft zu kennen.“

Unseren Antrag, wonach die Verwaltung beauftragt werden sollte, einen Bürgerentscheid für den 2. Bauabschnitt vorzubereiten, wurde von der großen Mehrheit des Gemeinderats jedoch abgeschmettert. Dies, obwohl der 2. Bauabschnitt nicht eilt. Ohne Not wurde nun eine Entscheidung getroffen, die auf Jahre hinweg die Stadtkasse schwer belastet und den finanziellen Spielraum weiter einengt.

AfD

Sommerpause statt Politik

Ihre Stadträte Dr. Detlef Huber und Dubravko Mandić wünschen Ihnen einen formidablen Sommer. Genießen Sie die Zeit in der Sonne, hoffentlich weit weg von der heimischen Covid-19-Hysterie. Vielleicht in der Ferne eines Risikogebietes oder in einem stillen Tal im schönen Schwarzwald. Atmen Sie durch. Sammeln Sie Kraft. Denken Sie nach.

Diese Zeilen von Johann Wolfgang von Goethe scheinen uns als Denkanstoß geeignet:

Man muß das Wahre immer wiederholen,
weil auch der Irrtum um uns her
immer wieder gepredigt wird,
und zwar nicht von einzelnen,
sondern von der Masse.

In Zeitungen und Enzyklopädien,
auf Schulen und Universitäten,
überall ist der Irrtum oben auf,
und es ist ihm wohl und behaglich,
im Gefühl der Majorität, die auf seiner Seite ist.

Quelle: Goethe, J. W., Gespräche. Mit Peter Eckermann, 16. Dezember 1828

Freiburg Lebenswert

Lycée Turenne mit Happy End?

Mit großer Freude hat Freiburg Lebenswert die Pressemitteilung der Stadt vom 20.7.2021 zur Kenntnis genommen: Das Lycée Turenne soll endlich saniert werden. Durch die so aus dem Dornröschenschlaf erweckten Unterrichtsräume würde ein geplanter Neubau am Berthold-Gymnasium überflüssig. Oha! Teilt man bei der Stadt endlich doch noch unsere seit langem geäußerte Ansicht! Richtig erstaunt haben uns jedoch die Ausführungen von Baubürgermeister Martin Haag dazu: „Jeder Neubau verbraucht viel Energie und belastet die Umwelt. Wenn wir darauf verzichten können, die Sportwiese des Berthold-Gymnasium zu bebauen, und stattdessen das denkmalgeschützte Lycée Turenne sanieren, schonen wir das Klima und erhalten eine Grünfläche und das alte Gebäude.“ Welche Erkenntnis! Gerne sei der Baubürgermeister daran erinnert, dass Freiburg Lebenswert als einzige Gruppierung im Gemeinderat große Bauvorhaben auf der „grünen Wiese“ wie zum Beispiel Dietenbach, Zinklern, Kleineschholz, Obergrün, Zähringer Höhe ablehnt, eben um grüne Abkühlungsflächen zu erhalten und das Klima zu schonen.

Insbesondere der geplante Stadtteil Dietenbach widerspricht Haags Erkenntnis diametral. Abgesehen davon, dass schon durch die anfallende graue Energie das Projekt keineswegs klimaneutral sein wird, ist auch das Bauen in einem Überschwemmungsgebiet angesichts der aktuellen Hochwasserkatastrophen nicht zu verantworten.

Drei Mal bis zum Mond

Freiburgs erste Stadtradel-Bilanz

Drei Wochen, 6536 Teilnehmende und rund 1,2 Millionen Kilometer – Freiburgs erstes Ergebnis bei der Aktion Stadtradeln kann sich sehen lassen: Die erradelten Kilometer entsprechen drei Mal der Strecke bis zum Mond.

467 Teams hatten sich für die Aktion gebildet, Ziel war, in der Zeit vom 5. bis 25. Juli so viele Kilometer wie möglich per Fahrrad zurückzulegen. Am radaktivsten war mit 701 Kilometern pro Kopf das Team Waltershofen. Das beste Gesamtergebnis erzielten mit 72 742 Kilometern die 305 Radelnden des Uniklinik-Teams, und bestes Unternehmensteam wurden die 237 „Industrieradler“ mit 63 142 Kilometern. Als aktivstes Schulteam erwies sich das 195 Köpfe starke Wentzinger-Gymnasium mit 34 838 Kilometern.

Bis 1. August können sich diese Ergebnisse noch steigern, denn bis dahin dürfen noch Kilometer nachgetragen werden. Oberbürgermeister Martin Horn beglückwünscht die Teams zu dem beeindruckenden Ergebnis: „Es freut mich sehr, dass wir damit gemeinsam ein aktives und positives Zeichen für nachhaltige Mobilität gesetzt haben. Ich hoffe, dass wir mit der Aktion ein kleines Puzzlestück zum Gelingen der Verkehrswende beitragen können.“

Wie Freiburg im Vergleich zu den anderen Städten und Landkreisen in Deutschland abschneidet, wird sich final erst Ende September zeigen, wenn die Aktion Stadtradeln für das Jahr 2021 in Deutschland endet. Bislang liegt Freiburg von über 2000 teilnehmenden Kommunen unter den ersten 20. Die Initiative zur Teilnahme kam aus dem Freiburger Nachhaltigkeitsrat.

VAG fährt wieder nachts

Mit der zunehmenden Normalisierung des öffentlichen Lebens nimmt die Freiburger Verkehrs AG (VAG) in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli den Nachtverkehr „Safer Traffic“ wieder auf. Damit fahren Busse und Bahnen wieder so wie vor Corona. In den Nächten auf Samstag und Sonntag sowie vor ausgewählten Feiertagen fahren die Stadtbahnen 1, 3, 4 und 5 dann wieder rund um die Uhr im 30-Minuten-Takt. Die Nachtbusse N46 und N47, mit denen auch die Freiburger Ortsteile am Tuniberg erreicht werden können (Berechtigungsscheine gibt es in den jeweiligen Ortsverwaltungen), sowie Anschlussstaxen nach Kappel, Günterstal, Hochdorf und etliche Freiburger Nachbargemeinden ergänzen den Nachtverkehr. Der Fahrschein für die Anschlussstaxen muss für 4 Euro am Automaten in der Straßenbahn erworben werden.

DREI FRAGEN AN . . .

Sebastian Funk

Ehrenamtlicher Sanitätshelfer beim DRK

Auch aus Freiburg kam Unterstützung für die verheerenden Hochwasser in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen: Hilfskräfte vom Katastrophenschutz, der Bergwacht, den Maltesern, Johannitern und dem Deutschen Roten Kreuz waren im Einsatz. Sebastian Funk, 25 Jahre, Geschichtsstudent, packte vom 15. bis 17. Juli in Bad Neuenahr-Ahrweiler mit an.

1 Wie war die Situation, als Sie ankamen, wie sah es vor Ort aus?

In jener Nacht kamen Einsatzkräfte aus ganz Deutschland, so viele, dass Straßen und Autobahnen für uns gesperrt wurden. Im Ort selbst lagen Schutt und Autos herum, überall war Wasser und Schlamm, Gärten waren verwüstet, Häuser durchgespült, es roch nach Treibstoff und Moder, nichts war mehr intakt. So etwas habe ich noch nie erlebt.

2 Und was war Ihre Aufgabe, was gab es zu tun?

Wir haben ein 15-stöckiges Seniorenwohnheim evakuiert. Manche Bewohnerinnen und Bewohner konnten selbst laufen und mit dem Bus in die Notunterkunft, ein Hotel in Bonn, fahren. Andere haben wir auf Stühlen oder Tüchern ins Erdgeschoss getragen und dann mit dem Krankenwagen nach Bonn gebracht. Aber erst mal haben wir fünf Stunden nur getragen – und das unter Zeitdruck. Wir mussten vor Einbruch der Dunkelheit fertig sein, denn es gab kein Licht. Der Strom war ja ausgefallen, und das THW hatte keine Leuchten mehr übrig für uns.

3 Wie haben die Menschen denn auf Ihr Kommen reagiert?

Viele waren verängstigt, auf der Straße ging es ja sehr hektisch zu. Im Auto konnten wir ihnen dann die Situation erklären und sie beruhigen. Auch die Menschen im Ort, die ihre Häuser ausräumten, waren über unser Kommen froh. Es gab Daumen hoch, manche haben uns angesprochen. Ich glaube, dass wir den Leuten ein bisschen Hoffnung geben konnten – alleine schon, weil wir da waren, aber wir haben natürlich auch viel gearbeitet. Beeindruckt hat mich die Zusammenarbeit unter den Hilfskräften. Wir haben alle an einem Strang gezogen, das hat gut geklappt.

Faun mit Stern holt Müll ohne Lärm

ASF steigt ins Wasserstoffzeitalter ein – Acht Millionen Euro Bundesförderung

Der Faun ist in der römischen Mythologie ein Fabelwesen, halb Mensch, halb Tier. Das passt ganz gut zu den zwei neuen wasserstoffbetriebenen Abfallsammelfahrzeugen, die jetzt für die VAG im Einsatz sind. Die sehen aus wie ganz normale Lkw, tragen unter der besternten Mercedes-Karosserie aber modernste Brennstoffzellentechnik. Der Hersteller dieser Zukunftstechnik heißt: Faun.

Nicht immer sagt die Zahl der anzugtragenden Personen etwas über die Wichtigkeit eines Themas aus – diesmal schon. Zur offiziellen Übergabe der beiden brandneuen Abfallfahrzeuge an die ASF waren zwei Staatssekretäre aus Berlin und Stuttgart, zwei Parlamentsabgeordnete sowie Vertreter des Herstellers angereist. Dazu kam die lokale Prominenz mit Oberbürgermeister Martin Horn, ASF-Chef Michael Broglin und Badenova-Vorstand Mathias Nikolay.

Fast schon unscheinbar dagegen die eigentlichen Stars: ein Fahrzeug zum Einsammeln von Biomüll, eines für Altpapier. Einziger für Laien sichtbarer Unterschied zu konventionellen Fahrzeugen: Auf den Seiten steht in fetten Lettern „Wasserstoff“ – und der ist der Grund für den Menschenauflauf. Viele sehen in ihm das Zukunftsprodukt schlechthin, da bei seiner Verwendung in einer Brennstoffzelle lediglich Wasserdampf entsteht – die Probleme fossiler Energieträger wie Kohle oder Gas kennt der Wasserstoff nicht. Sein Hauptnachteil: Zu seiner Herstellung sind große Mengen an Energie notwendig – wenn die herkömmlich erzeugt wird, dann ist unterm Strich nicht viel gewonnen. Ganz anders sieht das beim „grünen“ Wasserstoff aus; er wird mithilfe erneuerbarer Energien erzeugt und ist damit eine völlig klimaneutrale Energiequelle. Beim neuen Stadtteil Dietenbach wird das eine große Rolle spielen und einen wichtigen Beitrag zur Klimaneutralität leisten – doch auch im viel kleineren Maßstab steckt im Wasserstoff hohes Potenzial.

Der Charme der neuen Antriebsart liegt nicht nur darin, dass sie abgasfrei unterwegs sind. Denn die vom Wasserstoff betriebene Brennstoffzelle produziert den Strom zum Antrieb der Elektromotoren – und die treiben die Kolosse fast lautlos an. Damit ist es auch leichter, Lärmschutzwerte einzuhalten – ein wichtiges Kriterium beim innerstädtischen Lieferverkehr. „Gerade im Schwerlastverkehr wird Wasserstoff eine große Rolle spielen“, sagt deshalb Steffen Bilger, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Im Gepäck hat er nicht nur warme Worte, sondern einen Förderbescheid über satte acht Millionen Euro. Die Freiburger Abfallwirtschaft wird davon zusätzlich zu den beiden bereits ausgelieferten Fahrzeugen zwölf weitere Müllwagen und zwei Großkehrmaschinen anschaffen. Die Summe macht deutlich, woran es momentan noch hakt: Die Preise für die neue Technik sind noch sehr hoch, etwa dreimal so viel wie für ein konventionelles Dieselfahrzeug. Burkard Oppmann, Vertriebschef beim Hersteller Faun, kann erklären, warum das so ist: „Aktuell ist die Brennstoffzellenherstellung reine Handarbeit. In drei oder vier Jahren wollen wir das Preisniveau konventioneller Lkw erreichen.“ Bislang haben die Spezialisten aus dem Bremer Vorort Osterholz-Scharmbeck rund 20 Fahrzeuge mit der neuen Technik ausgeliefert, nächstes Jahr kommen 100 weitere dazu.

Einige davon gehen an die ASF in Freiburg, die ihren Fuhrpark damit schrittweise auf emissionsfreie Mobilität umstellt. Die Zahlen sprechen für sich: Jedes neue Fahrzeug ersetzt ein dieselgetriebenes und spart so rund 30 Tonnen CO₂ pro Jahr. Das freut auch OB Martin Horn: „Freiburg nimmt damit eine Vorreiterrolle ein und leistet einen bedeutenden Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele.“ Bei den acht Millionen Euro Förderung soll es nach seinem Willen nicht bleiben: „Wir stehen als mutiger und innovativer Partner zur Verfügung.“ Den Ball nahm Staatssekretär Bilger gekonnt auf: „Wir freuen uns über viele weitere Anträge aus Freiburg.“

Der Zuschuss des Bundes stammt aus dem Sofortprogramm „Saubere Luft 2017-2020“. Für die zwei ersten, zusammen 1,44 Millionen Euro teuren Fahrzeuge steuerte der Bund 925 000 Euro bei. Weitere 150 000 Euro kommen aus dem Innovationsfonds der Badenova, wie deren Vorstand Mathias Nikolay mitteilte.

GEMEINDERAT IN KÜRZE

Stadtnetzwerk #fhz geht vorerst weiter

Zu Beginn der Coronapandemie hat die Stadtverwaltung in kürzester Zeit die nicht-kommerzielle soziale Plattform SoNa-Te (kurz für Soziale Nachbarschaft und Technik) stadtweit unter dem Label #freiburghältzusammen (#fhz) zur Verfügung gestellt. Ziel war es, eine Plattform für bürgerschaftliche Hilfsangebote aufzubauen und dann zu einem digitalen Nachbarschaftswerk zu erweitern. Nach gutem Start stagnierte die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer aber, zuletzt waren es 2300. Jetzt hat der Gemeinderat über die Zukunft des Stadtnetzwerks beraten und beschlossen, das Projekt zunächst weiterzuführen und gezielt mit weiteren (städtischen) Inhalten zu füllen. Über eine dauerhafte Fortführung soll dann im Rahmen der Haushaltsberatungen 2023/2024 entschieden werden.

Grundstücke im Metzgergrün

Noch 2021 will die Freiburger Stadtbau im Metzgergrün mit den ersten Bauarbeiten beginnen. Deswegen ist es erforderlich, die betroffenen Grundstücke, darunter der ehemalige Wohnmobilstellplatz, nicht erst 2022, sondern bereits im laufenden Jahr von der Stadt an die FSB zu übertragen. Für die insgesamt 9432 Quadratmeter Grundstücksfläche wurde ein Wert von 10,66 Millionen Euro ermittelt. Dieser geht jetzt als Kapitalerhöhung im Wege einer Sacheinlage an die FSB.

Polizeiverordnung neu justiert

Weil das Land ein neues Polizeigesetz beschlossen hat, muss auch die sich darauf beziehende städtische Polizeiverordnung im Detail geändert werden. Die Stadtverwaltung und die Gemeinderatsfraktionen haben das zum Anlass genommen, einige Bestimmungen zu präzisieren oder zu ergänzen. So entfällt künftig das Verbot, Hunde in Lebensmittelgeschäfte mitzunehmen. Auf öffentlichen Spielplätzen sind sie hingegen weiterhin verboten – es sei denn, es sind Assistenzhunde. Strittig war vor allem die Frage, ob auf Spielplätzen der Alkohol- und Nikotinkonsum gestattet sein soll. Dazu wurde jetzt ein von einer Mehrheit getragener Kompromiss gefunden: Das Rauchverbot auf Spielplätzen kommt; der Alkoholkonsum bleibt aber erlaubt. Allerdings dürfen keine Glasflaschen zurückgelassen werden, um Scherben zu vermeiden.

Phosphor aus Klärschlamm

In die Rubrik „Was es nicht alles gibt“ passt die Gründung eines neuen Zweckverbands zur gemeinsamen Klärschlammverwertung. Dessen Aufgabe: Den in den Kläranlagen der Verbandsmitglieder anfallenden Klärschlamm thermisch zu verwerten, also zu verbrennen und die anfallenden Rückstände ordnungsgemäß zu verwerten. Dabei geht es unter anderem um die Rückgewinnung von Phosphor, dessen natürliche Vorkommen stark begrenzt sind. Klärschlamm gilt als größte Sekundärrohstoffquelle für Phosphor, der vor allem in der Landwirtschaft als Düngemittel zum Einsatz kommt. Die Stadt Freiburg tritt als Mitglied des Abwasserzweckverbands Breisgauer Bucht dem neuen Zweckverband bei.

Registrierung für Ferienwohnungen

In Freiburg ist Wohnraum Mangelware, deshalb ist er seit 2014 durch die Zweckentfremdungssatzung besonders geschützt. Demnach ist es verboten, Wohnraum zu mehr als der Hälfte gewerblich zu nutzen, ihn durch Umbau unbrauchbar zu machen, länger als sechs Monate leer stehen zu lassen oder gar abzureißen. Ebenfalls untersagt ist das gewerbliche Vermieten für mehr als zehn Wochen pro Jahr. Dennoch gibt es natürlich auch legale Ferienwohnungen in der Stadt, deren Nutzung in der Regel vor 2014 genehmigt wurde. Für diese Ferienwohnungen gilt mit der jetzt beschlossenen Änderung der Zweckentfremdungssatzung eine Registrierungspflicht. Die Registrierungsnummer muss bei Inseraten angegeben werden – fehlt sie, ist das ein Hinweis auf eine illegale Nutzung. Es wird damit leichter, Zweckentfremdung zu verfolgen und zu verhindern. Diesem Ansinnen schloss sich der Gemeinderat mit großer Mehrheit an.

Lückenschluss am Güterbahnradweg

Manchmal können wenige Meter einen echten Unterschied und Fortschritt bedeuten. Ganz besonders deutlich wird das beim Lückenschluss des Güterbahnradwegs FR2 im Bereich der Uniklinik. Bislang ist hier ein mehr als lästiger Umweg durchs Klinikgelände erforderlich. Künftig geht es zwischen Elsässer und Breisacher Straße bolzengerade an der Güterbahn entlang. Der 200 Meter lange Radweg hat eine lange Planungsgeschichte hinter sich, die mit dem Bebauungsplanentwurf jetzt eine wichtige Hürde genommen hat. Rund eine Million Euro wird der Weg kosten, davon zahlt mindestens 50 Prozent das Land. Weitere 25 Prozent Landeszuschuss könnten dazukommen, wenn die Maßnahme als besonders klimafreundlich eingestuft wird.

Ein Preis fürs Bauen mit Holz

Ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur Klimaneutralität ist das verstärkte Bauen mit Holz. Um die großen Potenziale besser zu nutzen, hat der Gemeinderat im Zuge der Haushaltsberatungen ein 500 000 Euro schweres Förderprogramm auf den Weg gebracht. Im Paket enthalten ist auch ein Holzbaupreis für besonders innovative Bauprojekte. Er ist mit 15 000 Euro dotiert und soll erstmals 2021 in den Kategorien Neubau und Bestand verliehen werden und dann alle fünf Jahre stattfinden. Über die Vergabe entscheidet der gemeinderätliche Bauausschuss.

Mehr Sicherheit in der Reutebachgasse

Es ist sehr teuer, aber eine einmalige Chance: Weil die Bahn die rund 100 Jahre alte Brücke über die Reutebachgasse ohnehin erneuern muss, besteht jetzt einmalig die Gelegenheit, die mehr als unbefriedigende Situation für den Fuß- und Radverkehr dauerhaft zu verbessern. Der Knackpunkt: Die Zusatzkosten für Planung (rund 300 000 Euro) und Aufweitung des Brückenbauwerks (etwa 2,5 Millionen Euro Mehrkosten) hat nach Ansicht der Bahn die Stadt Freiburg zu tragen – und ohne Kostenzusage der Stadt wird die Bahn nicht tätig. In der Gesamtabwägung haben sich Stadtverwaltung und Gemeinderat entschlossen, trotz der immensen Kosten diese einmalige Chance zu nutzen und diese auch als Schulweg wichtige Verbindung so auszubauen, dass die Kinder sicher zur Schule kommen. Bis zum Bau dauert es aber noch ein bisschen: Vor 2025, so die Bahn, wird es nicht klappen.

Zielvereinbarung angepasst

Die coronabedingt schwierige städtische Haushaltslage und die Einschränkungen des Spielbetriebs am Theater haben Spuren hinterlassen, deswegen wurde die 2018 zwischen Stadt und Theater geschlossene Zielvereinbarung jetzt angepasst. Das bedeutet unter anderem, dass sich die zugesagte Finanzierung der Sanierung des Kleinen Hauses verzögern wird. Auch der Altbau wird wohl später als angedacht saniert werden. Davon ausgenommen sind dringend nötige sicherheits- oder brandschutzrelevante Maßnahmen. Vorläufig ausgesetzt wurden außerdem die vom Theater angestrebte Erhöhung der Besucherzahlen auf mehr als 200 000 und die Steigerung des Kostendeckungsgrades auf 16 Prozent. Der Gemeinderat hat der aktualisierten Version in seiner jüngsten Sitzung zugestimmt.

Bürgermeister aus Innsbruck zu Besuch

Zusammen mit seiner Ehefrau und vier Verwaltungsmitarbeitenden war in dieser Woche Georg Willi, Bürgermeister von Freiburgs österreichischer Partnerstadt Innsbruck, zu Besuch. „Wir sind da, um von euch zu lernen“, sagte der Grünen-Politiker im Gemeinderat, „denn ihr macht’s manche Sachen besser.“ Auf dem Programm standen unter anderem Termine im Rathaus im Stühlinger, bei der VAG sowie im Kreativpark in der Alten Lokhalle, aber auch die Eröffnung des Weinsommers auf dem Münsterplatz. Willi lobte die positive Stimmung in Freiburg – und zog einen Vergleich: „Wir haben die Berge, ihr habt’s die Bächle“, sagte er.

Neue Kita für Waltershofen

Die Stadt plant, auf dem städtischen Grundstück Im Moos in Waltershofen eine neue Kindertageseinrichtung zu bauen und zu betreiben – dafür sprach sich der Gemeinderat in seiner Sitzung am vergangenen Dienstag aus. Sie soll die bestehende und zu klein gewordene Kita Flohkiste ersetzen, außerdem sollen in dem neuen, vermutlich dreistöckigen Gebäude Kleinstwohnungen mit einer Fläche von weniger als 45 Quadratmetern entstehen, darunter einige für Beschäftigte der Kita. Da noch keine Entwurfsplanung vorliegt, sind die Baukosten noch nicht absehbar. Allerdings sind im Doppelhaushalt 2021/22 sowie in der Finanzplanung für die Jahre 2023/24 für das Projekt sieben Millionen Euro vorgesehen.

Ausbau von Kita-Plätzen

Immer mehr Kinder besuchen in Freiburg eine Kita oder Kindertagespflegeeinrichtung. Das geht aus einem Bericht hervor, den die Verwaltung dem Gemeinderat vorgelegt hat. Zum 1. März dieses Jahres lag die Versorgungsquote für Kinder bis drei Jahre bei 48,1 Prozent – bei einer Zielquote von 54 Prozent –, für Kinder von einem Jahr bis drei Jahre bei 73,4 Prozent – hier werden 79 Prozent angestrebt – und für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt bei 98,8 Prozent, bei einer Zielquote von 103 Prozent. Damit hat sich die Quote bei den ersten beiden Altersgruppen verbessert, bei den Ü3-Kindern allerdings verschlechtert, da der Einschulungstichtag nach hinten verlegt wurde. Um die Zielquoten zu erreichen, müssen bis Ende 2025 viele neue Plätze geschaffen werden: 500 für Kinder bis drei Jahre und 648 für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt. Im aktuellen Doppelhaushalt sind dafür 2021 knapp 5,5 Millionen Euro und 2022 weitere gut neun Millionen Euro eingeplant.

(Gemeinderat, 27. Juli)

„Ein riesiger Benefit für den Stadtteil“

Stadtbahn Littenweiler: Verwaltung stellt neue Planung ohne Wendeschleifen vor

Es ist in gewisser Weise ein Jahrhundertprojekt: die Stadtbahnverlängerung nach Littenweiler. Schon bei der Eingemeindung 1914 wurde sie versprochen, jetzt steht sie tatsächlich kurz bevor. Vorige Woche hat die Verwaltung den aktuellen Planungsstand vorgestellt und sich vom Bauausschuss das einstimmige „Go“ für den weiteren Weg geholt.

Heute endet die Stadtbahnlinie 1 im Stadtteil Waldsee an der Laßbergstraße – und berührt nur auf wenigen Metern der Wendeschleife tatsächlich die Littenweiler Gemarkung. Das soll sich ändern: Mit der Verlängerung durch die Lindenmatzenstraße und den Giersbergweg bis zum Kappler Knoten wird sie endlich ihrem Namen gerecht werden und dabei weiten Teilen des Freiburger Ostens einen direkten Stadtbahnanschluss verschaffen.

Mit dem großen Park-and-Ride-Platz am Kappler Knoten sowie der Umstiegsmöglichkeit am Littenweiler Bahnhof schafft sie außerdem deutlich bessere Verbindungen ins Dreisamtal. Eine weitere Haltestelle ist östlich des Friedhofs geplant; dort wird es ebenso wie am Kappler Knoten einen Überweg über die Bahnleise geben

Gegenüber den ursprünglichen, weit fortgeschrittenen Planungen haben sich zwei Parameter wesentlich geändert. Zum einen steht am Kappler Knoten mittlerweile eine Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete, die zwar nicht als Dauerlösung gedacht ist, zumindest mittelfristig aber noch benötigt wird.

Für die Planung viel wichtiger: Weil die VAG schon bald ausschließlich Zweirichtungsfahrzeuge im Fuhrpark haben wird, sind keine platzraubenden Wendeschleifen mehr notwendig. Die viel bessere Alternative trägt den schönen, aber irreführenden Fachbegriff „Stumpfwendeanlage“ – wobei die Bahnen gar nicht wenden, sondern in umgekehrter Richtung zurückfahren und dazu per Weiche aufs Nachbargleis wechseln. So wird es schon immer in Günterstal praktiziert, und auch am Europaplatz hat sich das bestens bewährt.

Die eingesparte Wendeschleife eröffnet am Kappler Knoten die Option, die Gemeinschaftsunterkunft bis auf Weiteres größtenteils zu erhalten und trotzdem – in einem Parkhaus – bis zu 500 Park-and-Ride-Parkplätze zu bauen. Dafür muss lediglich das westlichste Gebäude der Unterkunft weichen, die übrigen sechs können stehen bleiben. In Haltestellennähe geplant ist ein neues Gebäude für „mobilitätsnahe Dienstleistungen“, also beispielsweise eine Fahrradwerkstatt oder ein Radverleih. Für die eventuell geplante Feuer- und Rettungswache ist eine Fläche südlich der Tunneleinfahrt reserviert. Wange an Wange mit den Stadtbahnen gibt es eine Bushaltestelle für die Busverbindungen, die bislang an der Laßbergstraße enden.

Dort bringt die Stadtbahnverlängerung eine nicht minder große Veränderung: Weil hier die Wendeschleife samt Busumstieg überflüssig wird, entsteht eine große städtebauliche Entwicklungsfläche. Konkret geplant ist hier noch nichts – aber vieles vorstellbar, wie Baubürgermeister Martin Haag erläuterte: „Da kann man was Schönes draus machen. Das ist ein riesiger Benefit für den Stadtteil.“

Die Straßenbahnhaltstelle wandert in die Mitte der Hansjakobstraße, die Platzverhältnisse reichen hier locker aus für eine barrierefrei zugängliche Haltestelle nach neuestem Standard.

Im gemeinderätlichen Bauausschuss stießen die Planungen auf große Zustimmung. Insbesondere die Neuordnung in der Laßbergstraße wurde als große Chance gesehen, gleichzeitig aber ein sensibles und sorgsames Vorgehen gewünscht. Für den Kappler Knoten gab es mehrfach Hinweise darauf, bei der Gestaltung des Parkhauses auf die Wirkung am Stadteingang zu achten. Kritisch gesehen wurde der Standort für die Feuerwache, weil bei Einsätzen jenseits der Bahnlinie Zeitverzögerungen befürchtet werden, wenn der Übergang geschlossen ist.

Mit dem einstimmigen Votum kann die Verwaltung nun den Bebauungsplanentwurf erarbeiten, dessen Offenlage für Ende des Jahres oder Anfang 2022 anvisiert ist. Bei optimalem Planungsverlauf wäre ein Baustart im Jahr 2025 möglich.

Dietenbach: „Die Ansprüche könnten nicht höher sein“

Gemeinderat beschließt Energiekonzept – Beteiligungsprozess zum Vermarktungskonzept endet

Vor Kurzem hat die Verwaltung das Energiekonzept für den neuen Stadtteil Dietenbach vorgestellt. Das große Ziel ist die Klimaneutralität. Die könnte aber zu hohen Nebenkosten führen – so zumindest die Befürchtungen des Gemeinderats. Fast zeitgleich ist ein Beteiligungsprozess mit Zufallsbürgerinnen und -bürgern zu Ende gegangen, um das Vermarktungskonzept vorzubereiten.

„Wer baut was in Dietenbach für wen?“ Mit dieser Frage fasste Baubürgermeister Martin Haag die Bürgerbeteiligung zum Vermarktungskonzept für den neuen Stadtteil zusammen. Seit November 2019 entwarfen 37 Zufallsbürgerinnen und -bürger bei sechs Veranstaltungen und Workshops ihr ideales Dietenbach.

Das Ergebnis: Dietenbach soll ein sozial durchmischter, architektonisch vielfältiger und bezahlbarer Stadtteil sein. Sie sprachen sich sowohl für ein Nebeneinander von gefördertem Wohnraum und Eigentum aus und bevorzugten ein Bauherrenkonzept mit Bestandshaltern, um Wohnraumspekulationen vorzubeugen. „Diese Form der Beteiligung war auch für die Stadt Freiburg Neuland. Die Ergebnisse bestätigen uns in vielem, was wir gemacht haben“, freute sich der Baubürgermeister.

Wesentlich kritischere Stimmen kamen hingegen von den Stadträtinnen und Stadträten, die viele Zuschriften aus der Bürgerschaft erhalten haben. Die Sorge: Das Energiekonzept führe zu hohen Nebenkosten. „Bezahlbarer Wohnraum ist immer noch die oberste Prämisse“, stellte CDU-Sprecherin Carolin Jenkner klar. Die SPD-Stadträtin Julia Söhne forderte deshalb, das Ziel der Bezahlbarkeit in die kommende Ausschreibung aufzunehmen: „Beide Ziele, Klimaneutralität und bezahlbarer Wohnraum, dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.“ Trotz der schwierigen Aufgabe sei das Vertrauen in die Verwaltung weiterhin da, erklärte Sophie Schwer von den Grünen: „Dietenbach ist ein außergewöhnliches Projekt, und die Ansprüche könnten nicht höher sein.“

Stadtrat Wolf-Dieter Winkler (Freiburg Lebenswert) forderte, das Konzept von weiteren, unabhängigen Ingenieurbüros prüfen zu lassen. Auch die Fraktion Eine Stadt für alle hätte die Vorlage gerne an die Verwaltung zurückgegeben, erklärte ihr Sprecher Michael Moos. Dies sei angesichts der Wohnungsnot aber nicht möglich: „Wir brauchen Dietenbach!“

Diesem Zeitdruck wollte sich Johannes Gröger von den Freien Wählern nicht beugen und kündigte an, dass seine Fraktion zwar weiterhin hinter dem Stadtteil stehe, sich aber enthalte.

Der Verwaltungsentwurf werfe viele Fragen auf, meinte auch FDP/BfF-Stadtrat Sascha Fiek: „Die Vorlage atmet den Geist einer gewissen Ungewissheit.“ Umweltbürgermeisterin Christine Buchheit entgegnete, dies liege am „Respekt vor den großen Aufgabe“. Natürlich gebe es auch Unwägbarkeiten, beispielsweise bei der Wasserstofftechnologie. „Wir haben aber gründlich gearbeitet und ein sehr gutes Konzept vorgelegt“, ist sie sich sicher.

Die Stadtspitze nimmt die gemeinderätlichen Sorgen ernst und übernahm einen interfraktionellen Antrag (Grüne, Eine Stadt für alle, SPD/Kulturliste, CDU, Jupi, FDP/BfF), der die Verwaltung auffordert, parallel zur Ausschreibung weiter nach Alternativen zu suchen und offene Fragen der Bürgerschaft zu beantworten.

Der Gemeinderat stimmte der Vorlage bei einer Gegenstimme (Freiburg Lebenswert) und vier Enthaltungen (Freie Wähler, AfD) zu. Damit kann die internationale Ausschreibung eingeleitet werden.

NAMEN UND NACHRICHTEN

Neue Leitung für das Schulamt

Der Gemeinderat hat Silke Donnermeyer-Weisser zur neuen Leiterin des Amts für Schule und Bildung gewählt. Die Leiterin der Freiburger Regionalstelle des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung tritt ihre neue Stelle zum 1. Januar 2022 an und folgt auf Hermann Maier, der Ende des Jahres in Ruhestand geht. 1970 in Osnabrück geboren, studierte Donnermeyer-Weisser Biologie, Geografie, Erziehungswissenschaft und Englisch in Freiburg, anschließend war sie 18 Jahre lang als Lehrerin am Droste-Hülshoff-Gymnasium tätig. 2004 übernahm sie außerdem einen Lehrauftrag am Seminar für Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte. Sie ist verheiratet und hat zwei erwachsene Töchter.

VAG-Vorstand wiedergewählt

Der Aufsichtsrat der Freiburger Verkehrs AG hat in seiner Sitzung am 16. Juli die Verträge der bisherigen beiden Vorstände Stephan Bartosch und Oliver Benz einstimmig für weitere fünf Jahre verlängert. Der diplomierte Maschinenbauingenieur Bartosch ist seit 2012 bei der VAG. Der diplomierte Verwaltungswissenschaftler Benz folgte im Frühjahr 2017 auf Helgard Berger.

Gericht kippt Glasverbot

Das Verwaltungsgericht hat das temporäre Glasverbot am Platz der Alten Synagoge an den Wochenenden außer Kraft gesetzt. Damit gab es dem Eilantrag der Jupi-Gemeinderatsfraktion statt. Nach Einschätzung der Stadtverwaltung und der Polizei hat das Verbot erheblich zu einer Beruhigung auf dem Platz beigetragen. Sie appellieren deswegen an die Platzgäste, weiterhin freiwillig auf Glasflaschen zu verzichten und ihren Müll zu entsorgen.

Gemeinsam stark für Tempo 30

Freiburg schließt sich Städteinitiative an

Im vergangenen Dezember war der Vorstoß noch gescheitert, jetzt will Freiburg zusammen mit anderen Großstädten Tempo 30 in der gesamten Innenstadt einführen. Dafür hat sich der Gemeinderat nach einer leidenschaftlichen Diskussion ausgesprochen.

Zehn Stadträte und -rätinnen waren dagegen, die übrigen forderten die Stadt auf, das Positionspapier der „Städteinitiative Tempo 30 – Für mehr Lebensqualität in Städten und Gemeinden“ zu unterzeichnen. „Weniger Lärm, bessere Luft und mehr Verkehrssicherheit“, fasste Bürgermeister Martin Haag das Ziel der Initiative zusammen, an der sich auch Ulm, Augsburg, Leipzig, Dresden, Aachen, Münster und Hannover beteiligen. Gemeinsam setzen sich die Städte für ein vom Bund gefördertes Modellprojekt für eine flächendeckende Tempo-30-Regelung ein.

Bislang können Kommunen die zulässige Höchstgeschwindigkeit nicht selbstständig regeln. Daher fordert die Initiative eine Änderung der Straßenverkehrsordnung durch den Bund – ein Vorstoß, den auch der Städtetag unterstützt.

Bereits vergangenen Dezember hatte Oberbürgermeister Martin Horn in einem Brief an Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer vorgeschlagen, Freiburg zur ersten deutschen Modellkommune mit flächendeckendem Tempo 30 zu machen. Die auf einigen Hauptverkehrsstraßen schon bestehenden Tempo-30-Regelungen könnten auf die ganze Stadt ausgeweitet und das Regelwerk so vereinfacht werden. Unterstützung bekam er dafür jedoch nicht. Bedenken äußerten auch CDU, Freie Wähler und AfD im Gemeinderat. Die Initiative setze die „allgemeine Auto-Vergrämungspolitik“ fort, warnte CDU-Stadtrat Bernhard Rotzinger.

Wie geht's weiter mit der Eishalle?

Gemeinderat fordert schneller Klarheit

In einem gemeinsamen Antrag haben sieben der neun Gemeinderatsfraktionen die Stadt aufgefordert, die Planungen für ein neues Eisstadion zu beschleunigen. Die baurechtliche Duldung für die bislang genutzte Echte-Helden-Arena läuft Ende Juni 2024 aus.

Wo, wie groß, mit welcher Ausstattung und gegebenenfalls mit welchem Investor könnte ein neues Eisstadion gebaut werden? Als Ort bietet sich das städtische Gelände des Flüchtlingsheims St. Christoph bei der Neuen Messe an. Die anderen Fragen werden derzeit von der Verwaltung geprüft, bis Mitte 2022 wollte sie ihr Ergebnis dazu vorlegen.

Das geht den Stadträtinnen und Stadträten von SPD/Kulturliste, Eine Stadt für alle, CDU, Jupi, FDP/BfF, Freien Wählern und Freiburg Lebenswert entschieden zu langsam. In ihrem Antrag fordern sie den Grundsatzbeschluss bis Ende dieses Jahres und betonen: „Freiburg ohne Eissport können wir uns nicht vorstellen“, so SPD-Stadtrat Stefan Schillinger. Sowohl für den Breiten- als auch für den Profisport sei eine neue Halle unverzichtbar.

Dem stimmte Bürgermeister Stefan Breiter zu – aber er habe nicht nur „den Hut des Sport-, sondern auch den des Finanzbürgermeisters auf“, ergänzte er. „Wir wissen nicht, wie wir das finanziell stemmen können“, sagte Oberbürgermeister Martin Horn, „aber Sie verdienen eine klare Antwort.“ Diese versprach Baubürgermeister Martin Haag für das erste Quartal 2022. „Auf dieser Basis können Sie dann entscheiden.“

Schulstart so sicher wie möglich machen

Land verlängert Teststrategie – Freiburger Modellprojekt erfolgreich

Durch regelmäßige Tests in Schulen, Kitas und der Kindertagespflege soll der Start des Schul- und Kita-Betriebs nach den Sommerferien abgesichert werden. Dabei kommen auch die in Freiburg erprobten „Lolli“-Tests zum Einsatz. Dafür stellt das Land den Kommunen rund 73 Millionen Euro zur Verfügung.

Angesichts der Verbreitung der ansteckenderen Delta-Variante des Coronavirus und einem möglichen verschärften Infektionsgeschehen durch Reiserückkehrer hat der Ministerrat die entsprechende Teststrategie verlängert und erweitert. „Ziel ist es, den erhöhten Eintrag von Infektionen nach dem Ende der Ferien- und Reisezeit aufzufangen“, sagte Gesundheitsminister Manne Lucha. Vor allem die Verbreitung der Delta-Variante mache Sorgen. Hinzu komme, dass viele Kinder und Jugendliche im Herbst noch nicht geimpft seien.

Den Schulträgern wird freigestellt, ob sie vom Land beschaffte Antigen-Schnelltests beziehen oder selbst andere Tests beschaffen möchten. Auch die Durchführung von PCR-Pool- beziehungsweise „Lolli“-Tests ist möglich.

Diese Tests wurden in Freiburg bereits erfolgreich erprobt. Dabei werden im Zuge von Pooltests ganze Klassen gemeinsam getestet und die Proben anschließend für eine PCR-Untersuchung ins Labor gegeben. Jede Klasse bildet einen Pool, und nur wenn ein Pool positiv ist, müssen Schülerinnen und Schüler einzeln getestet werden. Das Projekt wurde gemeinsam mit der Uniklinik Freiburg und dem örtlichen Gesundheitsamt entwickelt und hat sich als sicheres, günstiges sowie einfach anzuwendendes System erwiesen.

Hinzu kommt: Nur PCR-Tests erlauben die immer wichtiger werdende genetische Diagnostik auf Virusvarianten. Zudem trägt die zentrale Auswertung der entsprechenden Daten zu einem besseren Verständnis der Rolle von Schulen und Kitas fürs Pandemiegeschehen bei.

Oberbürgermeister Martin Horn freut sich, dass die Pool-Tests aus Freiburg verlängert und nun auch flächendeckend eingesetzt werden: „Die Tests sind sehr effektiv und ein zentraler Baustein, das Infektionsgeschehen in Schulen und Kitas nach den Sommerferien niedrig zu halten.“ Die Stadt und die Universitätsklinik Freiburg haben das Modellprojekt in den letzten Wochen weiterentwickelt und digitalisiert. Dadurch bekommen Zehntausende Kinder beziehungsweise Eltern zweimal die Woche einen PCR-Test sowie einen digitalen Testnachweis per E-Mail nach Hause.

Jugendliche im Rampenlicht

Schülerinnen und -schüler für ihr Engagement geehrt

Einen Abend lang standen kürzlich Jugendliche im Rampenlicht, die sich während ihrer Schulzeit an der Haupt- und Werkrealschule für Schwächere stark gemacht und angepackt haben, wo Hilfe nötig war.

Die zehn Schulabsolventen und -absolventinnen erhielten für ihr Engagement oder ihre hervorragenden schulischen Leistungen im Bürgerhaus Zähringen eine Ehrenurkunde von der Stadt und vom Staatlichen Schulamt. Viele junge Menschen an den Haupt- und Werkrealschulen engagieren sich auf vorbildliche Weise sozial oder schulisch. Die Veranstaltung soll diesen Einsatz wertschätzen und sie bestärken, ihre Bildungskarriere erfolgreich weiterzuführen.

In Freiburg gibt es noch zwei öffentliche Haupt- und Werkrealschulen: die Albert-Schweitzer-Schule II und die Karlschule. Insgesamt besuchen rund 460 Schülerinnen und Schüler diese Schulen. Darüber hinaus gibt es an der Vigelius-Gemeinschaftsschule und der Staudinger-Gesamtschule die Möglichkeit, einen Haupt- und Werkrealabschluss zu machen. Zudem führen in Freiburg zwei Privatschulen zum Haupt- und Werkrealschulabschluss.

Die städtischen Haupt- und Werkrealschulen bieten mit einer fundierten praxisorientierten Ausbildung eine wichtige Grundlage für den weiteren Bildungsweg. Sie verfügen über eigenständige Profile und gehen individuell auf die Neigungen und Fähigkeiten der Schüler ein.

Die Schwerpunkte liegen auf der Förderung sozialer Kompetenzen und dem erfolgreichen Übergang in den Beruf. Dazu finden bereits ab Klassenstufe 5 entsprechende Bildungsangebote statt, zum Beispiel intensiviertes soziales Lernen oder vertiefte berufliche Orientierung.

Schutz vor Sanierungen und höheren Mieten

Soziale Erhaltungssatzung für Teil von Haslach

Der Gemeinderat hat in seiner jüngsten Sitzung eine Soziale Erhaltungssatzung für einen Bereich nördlich der Carl-Kistner-Straße im Stadtteil Haslach beschlossen; ein südlich gelegener Bereich soll im Herbst folgen. Damit will die Stadt verhindern, dass Mieterinnen und Mieter durch Luxussanierungen aus ihrem Stadtteil verdrängt werden.

Eine Untersuchung hatte ergeben: Vor allem jüngere Single- und Paarhaushalte, aber auch Familien mit jeweils höheren Einkommen haben das Quartier nördlich der Carl-Kistner-Straße als urbanen und innenstadtnahen Wohnstandort für sich entdeckt, mit guter Infrastruktur und Verkehrsanbindung. Allerdings leben dort auch viele Menschen, die auf günstige Wohnungen angewiesen sind – etliche von ihnen schon seit vielen Jahren.

Außerdem war aus der Untersuchung hervorgegangen, dass im Quartier weitere Modernisierungen zu erwarten sind – mit entsprechend höheren Mieten als Folge. Auch das Zusammenlegen kleinerer Wohnungen und Grundrissänderungen werden befürchtet.

Eine Soziale Erhaltungssatzung macht das schwieriger: Bauliche Veränderungen, Nutzungsänderungen oder auch der Rückbau von Wohnungen unterliegen dann einem gesetzlichen Genehmigungsvorbehalt, sprich, sie sind für die Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer mit Hürden verbunden. Auf diese Weise soll eine Verdrängung von einkommensschwächeren Haushalten und damit ein Verlust der sozialen Mischung im Quartier verhindert werden. Für die Uferstraße und die Haslacher Straße war eine Soziale Erhaltungssatzung bereits 2020 beschlossen worden.

Menschen in Not suchen Wohnraum

Stadt bietet zehn Jahre Mietausfallgarantie

Viele Menschen suchen dringend ein Zuhause, haben als Geflüchtete oder von Wohnungslosigkeit Bedrohte aber nur geringe Chancen auf dem Wohnungsmarkt. Für diese Menschen sucht die Stadt Freiburg Wohnungen – und bietet den Vermieterinnen und Vermietern nicht nur das gute Gefühl, etwas Sinnvolles zu tun, sondern auch handfeste Sicherheiten.

Immer wieder hört oder liest man, dass Wohnungen aus Angst vor Mietnomaden gar nicht mehr vermietet werden oder aus Angst vor Mietausfällen zumindest an manche Personengruppen nicht. Diese Angst kann die Stadt Freiburg nehmen, denn sie gibt Vermieterinnen und Vermietern eine Mietausfallgarantie von bis zu zehn Jahren und zahlt sogar bis zu 5000 Euro Zuschuss für eine notwendige Renovierung. Außerdem steht ihnen eine verlässliche Ansprechperson in der Stadtverwaltung zur Seite. Bei der Belegung der Wohnung werden ihre Wünsche berücksichtigt. Auch bei vorübergehendem Leerstand, zum Beispiel vor geplantem Abriss, ist eine temporäre Vermietung möglich.

Bei Interesse und Fragen steht Erdem Akkus unter Tel. (0761) 201-6368 oder per E-Mail an wohnungsakquise@stadt.freiburg.de zur Verfügung. Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.freiburg.de/vermieten

B31-Tunnel voll gesperrt

Der Schützenallee- und der Kapplertunnel sowie die Galerie (B31-Ost) sind in den Nächten von Montag, 2. August, bis Freitag, 6. August, abwechselnd voll gesperrt. Grund sind routinemäßige Kontrolle, Reparatur und Reinigung der Anlage. Stadteinwärts sind die Tunnelröhren jeweils von Montag auf Dienstag und von Dienstag auf Mittwoch von 20 bis 6.30 Uhr voll gesperrt. Stadtauswärts folgt die nächtliche Sperrung von Mittwoch auf Donnerstag und von Donnerstag auf Freitag von 20.30 bis 7 Uhr.

Wahlhelfende gesucht

Jetzt anmelden, mithelfen und wichtige Arbeit leisten: Für die Bundestagswahl am 26. September sucht die Stadt noch 70 Ersatzwahlhelfende, die bei Ausfällen einspringen können. Voraussetzung sind die deutsche Staatsangehörigkeit und ein Mindestalter von 18 Jahren. Unterstützt von städtischen Wahlvorständen, stellen die Ersatzwahlhelfenden den reibungslosen Ablauf der Wahl sicher: Sie kontrollieren die Wahlbenachrichtigungen, geben Stimmzettel aus oder dokumentieren die Wahlbeteiligung. Die Frühschicht im Wahllokal dauert von 7.45 bis 13 Uhr, die Spätschicht von 12.45 bis 22 Uhr. In Briefwahlbezirken geht der Einsatz von 13 bis 18 Uhr. Bei einem Einsatz beträgt die Aufwandsentschädigung 60 Euro. Interessenten können sich bis Mitte August unter www.freiburg.de/wahlhelfende anmelden. Weitere Informationen gibt es beim Wahlamt, Tel. (0761) 201-57 70.

„Frauen, die wichtig waren“

Projekt „Frauen*Orte“ gestartet: Gedenktafeln erinnern an Freiburgs erste Stadträtinnen

Seit diesem Freitag finden sich an drei historischen Gebäuden in der Innenstadt Infotafeln, die an Freiburgs erste Stadträtinnen erinnern. „Frauen*Orte“ heißt das Projekt, das die Feministische Geschichtswerkstatt initiiert und in Kooperation mit der städtischen Frauenbeauftragten umgesetzt hat.

Vor knapp 103 Jahren, im November 1918, wurde in Deutschland das Frauenwahlrecht eingeführt, im Sommer 1919 dann zogen erstmals 14 Frauen ins Freiburger Stadtparlament ein. Zusammen mit 72 Männern vertraten sie die Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Ein historisches Ereignis, an das bislang – von den Veranstaltungen zum 100. Jahrestag der Einführung des Frauenwahlrechts mal abgesehen – aber nur wenig erinnert wird. „Es gibt keine Denkmäler oder Straßen, die nach diesen Frauen benannt wurden“, sagt Freiburgs Frauenbeauftragte Simone Thomas.

Das soll sich jetzt ändern: „Wir wollen sie mitten in der historischen Altstadt sichtbar machen“, so Simone Thomas, und Birgit Heidtke von Verein Feministische Geschichtswerkstatt ergänzt: „Unser Ziel ist, an Frauen zu erinnern, die wichtig waren.“ Wie zum Beispiel mit der Tafel am Rathaus an Mathilde Otto, Freiburgs erste Stadträtin. Zusammen mit den 13 anderen Frauen war sie 1919 in den Bürgerausschuss eingezogen – in Baden damals das große kommunale Parlament. Doch dabei blieb es nicht: Gewählt von den Stadtverordneten durfte sie als einzige Frau ins Oberhaus des Stadtparlaments aufsteigen, den Stadtrat. Vier Jahre lang, von 1922 bis 1926, machte sie dort, im Ecksaal des Rathauses, zusammen mit 17 Männern Stadtpolitik.

Gendergerecht sprechen – ein Thema der 1920er-Jahre

Mit Leidenschaft engagierte sich die Parlamentarierin für Sozialpolitik. 1925 hatte sie die Schwesternschaft St. Elisabeth gegründet und dafür das Haus an der Dreisamstraße gekauft, aus dem später die St. Elisabeth-Geburtsklinik wurde. Im Stadtrat, kämpfte sie für etwas, das heute aktueller ist denn je: für eine geschlechtergerechte Sprache. So sorgte Mathilde Otto dafür, dass in Freiburgs neuer Sozialordnung alle Ämter in männlicher und weiblicher Form genannt wurden. Auch auf dem Papier standen nun Armenräte und Armenrätinnen.

Wegen einer schweren Erkrankung zog sich die Stadträtin Ende der 1920er-Jahre aus der Politik zurück und starb 1933, im Alter von 57 Jahren. In der Weimarer Republik blieb sie die einzige Frau im Freiburger Stadtrat.

Die zweite Tafel, am Rotteckhaus in der Rathausgasse, erinnert an Lina Wäldin: als langjährige Vorsitzende des badischen Vereins für Frauenstimmrecht eine der historischen Akteurinnen der Freiburger Frauenbewegung. Sie kam 1919 für die Deutsche Demokratische Partei in die Stadtverordnetenversammlung, wirkte dort allerdings nur ein Jahr lang, da sie 1920 mit ihrem Mann aus Freiburg wegzog. Im Rotteckhaus befand sich von 1907 bis 1928 der Freiburger Frauenklub, ein Veranstaltungsort und Treffpunkt für Freiburgerinnen, die sich für die Gleichstellung von Frauen stark machten; auch der Verein für Frauenstimmrecht hatte hier seinen Sitz.

Ihre Redezeit mussten sich die Frauen erkämpfen

Am Historischen Kaufhaus schließlich, dem Sitzungsort des damaligen Stadtparlaments, erinnert eine dritte Tafel namentlich an alle 14 Kommunalpolitikerinnen von 1919. Diese waren nicht nur zahlenmäßig in der Minderheit, sondern machten in allen Parteien die Erfahrung, dass ihre männlichen Kollegen nicht daran dachten, ihnen Platz zu machen. Redezeit im Bürgerausschuss mussten sie sich selbst verschaffen: „Meist durften sie erst in der dritten Runde sprechen“, erzählt Thomas, „da waren die Journalisten dann nicht mehr da und haben dementsprechend auch nicht über sie berichtet.“ Die Folge war, dass die Kommunalpolitikerinnen über Parteigrenzen hinweg zusammenarbeiteten und viele gemeinsame Anträge stellten. Wer tiefer in das Thema einsteigen möchte, kann über einen QR-Code an den Tafeln zusätzliche Informationen abrufen, als Text oder Audio. Die drei Tafeln sollen nur den Anfang machen, weitere – etwa an der Universität oder an Privathäusern – seien bereits in Vorbereitung, erzählt Birgit Heidtke: „Wir wollen mit den Frauen*Orten eine Serie starten, und es soll auch nicht bei Politikerinnen bleiben.“ Finanziert wurden die ersten drei Metalltafeln durch Fördermittel des Sozialministeriums Baden-Württemberg zum 100. Jubiläum des Frauenwahlrechts, für die Stadt entstanden somit keine Kosten. Simone Thomas sieht in dem Projekt eine große Bereicherung: „Mit ihren Themen haben diese Frauen einen Wandel, einen spannenden Prozess in Gang gesetzt. Diesen wollen wir sichtbar machen und im städtischen Bewusstsein verorten.“

Infos: www.femwerkstatt.de

Einblicke vor Ort

Unternehmen öffnen sich für Frauen

Mit neuen Terminen für „Unternehmenseinblicke vor Ort“ startet die Kontaktstelle Frau und Beruf Freiburg – Südlicher Oberrhein nach den Sommerferien in ihr Herbstprogramm: Dabei öffnen fünf Unternehmen in der Region ihre Türen für Frauen.

Vor Ort informieren Personalverantwortliche und Beschäftigte über Jobs und Einstiegswege und geben Einblicke in die Praxis. Auftakt ist am Mittwoch, 22. September, von 9.30 bis 11.30 Uhr bei der VAG. Der Mobilitätsdienstleister beschäftigt rund 900 Mitarbeitende – als Fahrerinnen und Fahrer, aber auch im Vertrieb, Personalbereich und Marketing. Der Vormittag bietet Gelegenheit für einen Blick hinter die Kulissen und in die vielfältigen Arbeitsbereiche.

Mit einem Rundgang durch die moderne Arbeitswelt der FSM AG in Kirchzarten startet die Veranstaltung am Mittwoch, 6. Oktober, von 10 bis 12 Uhr. FSM entwickelt und produziert elektronische Produkte in Disziplinen wie mobile Energieversorgung und Messtechnik. Für Fragen zu Arbeitszeitmodellen, Einstellungspraxis sowie zum Austausch mit Beschäftigten besteht ausreichend Gelegenheit.

Berufserfahrene und Quereinsteigerinnen können sich am Mittwoch, 13. Oktober, von 9 bis 11 Uhr über Einstiegsmöglichkeiten bei der inomed Medizintechnik GmbH informieren. Das Emmendinger Unternehmen beschäftigt sich unter anderem damit, wie Nerven während Operationen vor Schäden und Folgeerkrankungen geschützt werden können, und ist weltweit führend im Bereich des intraoperativen Neuromonitorings. Mitarbeitenden bietet inomed ein umfangreiches Rahmenprogramm für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Am Donnerstag, 11. November, von 10 bis 12 Uhr stellt der Fachbereich „Personal und Organisation“ der Stadt Offenburg die vielfältigen Arbeitsfelder der Stadtverwaltung sowie Voraussetzungen und Einstiegswege in verschiedene Berufsfelder vor. Gesucht werden Fachkräfte im Erziehungsbereich und für die Verwaltung.

Zum Abschluss bietet die Freiburger JobRad® GmbH als Marktführerin im Dienstradleasing am Donnerstag, 23. November, von 17 bis 19 Uhr Gelegenheit zum Kennenlernen. Durch ein nachhaltiges Mobilitätskonzept zieht JobRad Talente an, hält Mitarbeitende fit und schützt die Umwelt.

Für die Teilnahme an den Veranstaltungen ist eine Anmeldung erforderlich, möglich ab sofort über die Website der Kontaktstelle Frau und Beruf: www.freiburg.de/frauundberuf. Hier steht auch ein Programmflyer zum Download bereit; erhältlich ist er ebenfalls bei der Kontaktstelle Frau und Beruf und bei der Bürgerberatung (beide im Rathaus, Rathausplatz 2–4).

Glücksfall fürs Museum

Rätselhafte Funde bereichern Ausstellung im Colombischlössle

Mit zwei neuen Highlights wartet seit Kurzem die Ausstellung „freiburg.archäologie – Leben vor der Stadt“ im Archäologischen Museum Colombischlössle auf, darunter eine Muschelperlenkette aus der Jungsteinzeit, die das Museumsteam vor Rätsel stellt. Denn es ist völlig unklar, wie das wertvolle Stück in eine Abfallgrube auf dem heutigen Gelände des Neubaugebiets Tiengen kam.

Noch bis in den Winter hinein wurde im Quartier „Hinter den Gärten“ in Tiengen gegraben. Besondere Funde gingen zunächst ans Landesamt für Denkmalpflege in Esslingen, wo sie restauriert wurden – jetzt kommen sie zurück nach Freiburg. Besonders gefreut hat sich das Team des Museums über das Muschelcollier und eine keltische Keramikflasche. „Das sind echte Highlights – für uns ein Glücksfall“, freut sich Ausstellungskurator Hans Oelze. Die filigranen Perlen haben Menschen vor über 6000 Jahren aus Muscheln hergestellt. Dazu haben sie die Schalen zu runden Scheiben verarbeitet, sie mit feinen Feuersteinbohrern durchlocht und anschließend poliert. Ein unfassbarer Aufwand bei knapp 100 nur etwa vier Millimeter großen Perlen. Die Keramikflasche stammt aus der Zeit zwischen 250 und 50 vor Christus. Sie wurde auf der Töpferscheibe gedreht und ist so dünn, dass eine Meisterhand am Werk gewesen sein muss. Innen sind die Drehspuren noch gut zu erkennen, außen wurde sie mit viel Liebe geglättet und poliert. Durch den hohen Glimmeranteil im Ton funkelt sie im Licht. Normalerweise sind Stücke von solch hoher Qualität nur als Grabbeigaben bekannt – dass sie in Abfallgruben der jungsteinzeitlichen und späteren keltischen Siedlung entdeckt wurden, gilt als sehr außergewöhnlich.

Die Flasche könnte beschädigt gewesen sein, die Perlenkette hätte man aber sicher nicht weggeworfen, so Oelze. Selbst wenn Teile von ihr beschädigt gewesen wären, hätte sie noch immer einen enormen Wert gehabt. Möglicherweise hat sie jemand verloren, aber hätte man ein so kostbares Stück nicht gesucht? Oder wurde sie tatsächlich absichtlich entsorgt? Und wenn ja – weshalb? Für den Kurator sind diese Umstände „absolut ungewöhnlich und sogar etwas rätselhaft“.

Den Ausgrabungen in Tiengen widmet sich auch ein Aufsatz im neu erschienenen Band „Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg 2020“, den das Landesamt für Denkmalpflege herausgibt. Verfasst haben ihn Marcel El-Kassem vom Landesamt für Denkmalpflege gemeinsam mit Andreas Hanöfner und Lucie Siftar vom Archäologischen Baustellen-Service in Süddeutschland. Das reich bebilderte Buch präsentiert Grabungsprojekte aus allen Epochen: von der Altsteinzeit über das Mittelalter bis hinein in die Neuzeit.

Infos: Archäologisches Museum Colombischlössle, Rotteckring 5, Freiburg. Geöffnet: Di – So, 10 – 17 Uhr, Mi 10 – 19 Uhr. Die Ausstellung läuft bis 9. Januar 2022.

Schlemmen und impfen

Am kommenden Wochenende (7./8. August) veranstaltet die Freiburg Wirtschaft Touristik und Messe (FWTM) den 7. Street Food Market auf dem Gelände der Messe Freiburg. Auf die Besucherinnen und Besucher warten circa 40 Foodtrucks mit verschiedenen Spezialitäten.

Wer noch nicht geimpft ist, kann das Angenehme gleich mit dem Nützlichen verbinden: Im Zentralen Impfzentrum gibt's den Coronaschutz aktuell ohne Wartezeiten und Voranmeldung – Ausweis und Impfpass genügen (Öffnungszeiten: Sa/So 8–11.30 Uhr und 13–16.30 Uhr).

Völlig problemlos ist auch der Besuch des kulinarischen Events: Auch hier ist keine Voranmeldung erforderlich, der Eintritt ist frei. Voraussetzung für den Zutritt zum Veranstaltungsgelände ist allerdings die Einhaltung der 3G-Regel (genesen, geimpft oder getestet) – Letzteres ist vor Ort im Messerestaurant (Halle 1) kostenlos möglich.

Die Foodtrucks öffnen ihre Verkaufsklappen am Samstag, 7. August, von 11 bis 22 Uhr und am Sonntag, 8. August, von 11 bis 20 Uhr. Die Besucherinnen und Besucher können sich unter anderem auf original mexikanische Burritos, vietnamesische, thailändische und griechische Spezialitäten oder niederländische Poffertjes mit verschiedenen Toppings freuen. Neben klassischen Burgern sind auch besondere Kreationen wie Elch-, Büffel- oder Lachsburger zu finden. Und wer es ganz exotisch mag, kann Kreationen aus Weinbergschnecken probieren. Selbstverständlich kommen aber auch die auf ihre Kosten, die sich lieber fleischfrei ernähren.

Stellenanzeigen der Stadt Freiburg
unter www.wirliebenfreiburg.de